



Media & Platform Governance in Practice

Logik & Learnings eines Planspiel-Seminars

PASCAL SCHNEIDERS & LEYLA DOGRUEL

Dornige Chance: Eintönigkeit un

Seminare bestehen nur noch aus Referaten

- Wegfall der generellen **Präsenzpflicht** als Herausforderung für Lehrende & Studierende
- Empirische Evidenz: zwischen **Anwesenheit und Interaktionen** in Lehrveranstaltungen bestehen positive Zusammenhänge mit sozialer Integration und Studienleistungen (Schulmeister, 2015, S. 15-20; Krammer et al., 2020, S. 357-358)
- Oft monierte Kluft zwischen Theorie und Praxis (Meßner et al., 2018)
- Referate- und diskussionsbasierten Kursformate nur **begrenzt geeignet**, um eine über das Semester hinweg aktive Teilnahme und Interaktion zwischen den Studierenden zu fördern

Lösung: Planspiel

- Planspiele = „komplex gemachte **Rollenspiele** mit klaren **Interessengegensätzen** und hohem **Entscheidungsdruck**“ (Meyer 1987, 366; vgl. auch Goldmann et al., 2020)
- Handeln im Planspiel heißt vor allem Analyse von Problemen, Abwägen von Alternativen, Entwicklung von Strategien und Taktiken sowie Treffen von Entscheidungen zur Realisierung der aufgestellten Ziele
- Gegenstand hier: **medien-/ plattformpolitische Entscheidungsprozesse**, die aus einem tatsächlichen oder fingierten, aus einem gegenwärtigen, vergangenen oder aus einem vorweggenommenen, in der Zukunft liegenden **Konflikt** resultieren
- Studierende arbeiten ein Regulierungsvorhaben im Zusammenhang mit neuen Medien auf und schlüpfen in unterschiedliche Rollen, deren **Standpunkte** sie zunächst identifizieren und anschließend **argumentativ durchsetzen / verteidigen** sollen

Zum Planspiel: Die Rollen

- Die Rollen:
 1. Zwei politische Parteien (eher marktliberal vs. eher interventionistisch) (10 TN)
 2. Lobbyist:innen
 3. Initiativen
 4. Wissenschaftler:innen
 5. Medienvertreter:innen
- Feste Gruppen, rotierende Rollen
- Wesentliche Literatur ist bereits herausgesucht – insbesondere für die Wissenschaftsgruppe nützlich



Zum Planspiel: Der Ablauf

1. **Status Quo** der (Nicht-)Regulierung im entsprechenden Problemfeld
2. **Erste Lesung** (Beratung) der Gesetzesvorschläge
3. **Öffentliche Kommentierung**
4. **Zweite Lesung**

< Fernsehfilme und Serien

Borgen - Gefährliche Seilschaften

Die dänische Kult-Politserie "Borgen" erzählt die Geschichte vom Kampf um politische Macht und den persönlichen Opfern, die die ambitionierte Politikerin Birgitte Nyborg (Sidse Babett Knudsen) dabei bringen muss. Die Serie glänzt durch ihre starke Hauptprotagonistin und ihr Streben an die Spitze.

▶ Trailer

Medienbeiträge



Medienbeiträge

Pressekonferenz im Anschluss an die Lesung

Die Onlinezeitung P&D lädt zur Pressekonferenz die Pressesprecher der beiden Parteien ein.

← Antworten

DER SPIEGEL

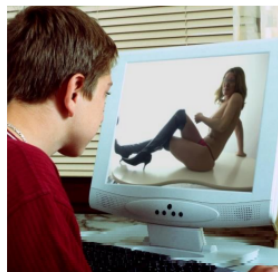
Meinung

Postdemokratie in vollem Gange

Postdemokratie - das ist einer dieser neuartigen Begriffe aus der akademischen Welt, die mit „Post“ anfangen. Jene Begriffe beschreiben meist Entwicklungen, die nicht mehr einer bestimmten Zeit, Epoche, Theorie oder einem Konzept zugehören, trotzdem aber noch mit ihnen verbunden sind. Post bedeutet „hinter“ oder „nach“ und handelt also von Entwicklungen, die auf etablierte Konzepte („nach“-) folgen. Beispiele sind Postmoderne, Poststrukturalismus, Posthistoire - „Post-XY“ eben. So vertreten auch einige Politikwissenschaftler*innen seit den frühen 2000ern die Position, dass viele Gesellschaften der westlichen Welt in postdemokratischen Zeiten leben. Die These lautet wie folgt: Demokratische Entscheidungen sind entkernt, alles was bleibt ist die Hülle, die vorgibt demokratisch zu sein. Auch wenn die Postdemokratie als Theorie kritisierbar ist, fühlte ich mich in letzter Zeit abermals an sie erinnert.

Bestes Beispiel bietet die aktuelle Diskussion um das Thema Jugendschutz und Regulierung von Pornobietern im Internet. Seit dem 10.12. wird im Bundestag über das Thema beraten, denn die Defizite in diesem Bereich sind groß. Momentan können Kinder auf Pornos jeglicher Art zugreifen, sobald sie über ein Smartphone oder Computer mit Internetzugang verfügen. Ganz schön beängstigend, wenn sie mich fragen. Hier gibt es also gesetzlichen Nachholbedarf und die Politik hinkt (wie in vielen digitalen Bereichen) hinterher.

Immerhin wurde nun der Handlungsbedarf erkannt und endlich ein Gesetzesentwurf der Regierungspartei geliefert. Trotz der Vorlage des Gesetzesentwurfes jedoch findet geringer ernsthafter, politischer Diskurs statt und die Parteien wirken nicht in den Rollen, für die das Volk sie gewählt hat. Als ich die Plenardebatte am 10.12. verfolgte, kam es mir so vor, als würde das Problem in keiner ernsthaften und kritischen Weise verhandelt werden. Es schien eher, als ob sich Politiker und Politikerinnen von Marktliberaler und Staatsinterventionistischer Partei gegenseitig persönlich mit Worthülsen angreifen würden. Inhaltlicher Diskurs fand wenig statt.



upup_to_date Vier Tage nach der Debatte im deutschen Bundestages über die Forderung einer europäischen Medienplattform, sind weiterhin einige Fragen ungeklärt. Wie soll eine solche Plattform aufgebaut sein? Wer soll in welchem Maße in den Diskurs eingreifen und wie soll sie finanziert werden?

DEUTSCHLAND IN AUFRUHR!

Am Dienstag, 13.06.2023, versammelten sich rund 5.000 besorgte Bürgerinnen vor dem Bundestag um gegen die kommerzielle und digitale Ausbeutung von Kindern durch ihre Eltern zu demonstrieren. Die heutige Debatte soll über die Bildung eines Sonderausschusses abstimmen, der die politische Handhabung einer Internetregulierung in Deutschland klären soll.

„Für uns wäre natürlich ein klares Ja zum Ausschuss wünschenswert“, so Tess Buchmüller aus der Initiative Kinderrecht.digital. Noch ist kein potentieller Ausgang absehbar, die Parteien äußerten sich bislang nur sporadisch. Während der Wahlverlauf spannend bleibt, ist jedoch klar: die Rechte der Kinder und der Schutz ihres Privatlebens stehen für alle Beteiligten an erster Stelle.

DAS SAGEN DIE KINDERSCHÜTZER!

Ein Interview mit der Initiative Kinderrecht.digital

Wir möchten mit Ihnen ja über Kinderrechte im Internet sprechen. Können Sie mal auf drei, vier Sätze runterbrechen, was eigentlich der Kern des Problems ist?

Man kann ja generell sagen, dass die Digitalisierung immer größere Fortschritte macht und auch immer größere Einflüsse auf unser Leben hat - damit auch auf unsere Kinder, die in eine digitale Welt hereinwachsen. Weil Kinder besonders schutzbedürftige Mitglieder unserer Gesellschaft sind, sind wir Meinung, dass es essentiell ist, Kinder so in der digitalen Welt zu schützen, wie man es auch in der echten Welt tut und die Bemühungen eben auch gesetzlich anstellt, damit sie sorglos aufwachsen können.

Wie kann man Kinder denn zukünftig schützen? Was wäre Ihre Herangehensweise auf Gesetzesebene - oder auf anderen Ebenen?

A: Man kann ja quasi in zwei Richtungen gehen. Auf der einen Seite haben wir die Plattformen, die reguliert werden können, auf der anderen Seite können wir aber auch die Eltern und den Plattformen - nur eine Seite reicht nicht aus, um Kinder vollständig zu schützen!

Wenn das Kind aber schon in den Brunnen gefallen ist, muss auch in der Nachsorge das Kind unterstützt werden, wie im Fall Doe vs. Facebook in den USA. Der Kläger muss sowohl im Prozess unterstützt als auch mit psychologischer Hilfe, z.B. Seelsorge, unterstützt werden - Doe wurde ja wirklich mit emotionalen Folgen bombardiert!

Die Nachsorge spielt mit Sicherheit eine ernstzunehmende Rolle. Um noch einmal auf die staatliche Seite zurückzukommen: Was muss bei der Verhandlung am Mittwoch passieren, dass Sie einen großen Schritt in die richtige Richtung sehen würden?

A: Wir stimmen ja noch nicht über einen Gesetzesentwurf ab, sondern nur über die Bildung eines Ausschusses. Für uns wäre natürlich ein klares Ja zum Ausschuss wünschenswert - am besten sogar einstimmig - damit gezeigt werden kann, dass sich die Politik für Kinderrechte einsetzen möchte.

Gibt es weitere Bekenntnisse, die Sie von den politischen Parteien einfordern würden?

A: Wir wünschen uns, dass sich keine der Parteien aktiv gegen den Ausschuss äußert - wir brauchen weitere rechtliche Schritte, die konkrete Folgen für Kinderrechte mit sich ziehen! Zu den Parteien würde uns natürlich noch interessieren: Wie nehmen Sie bis jetzt die Arbeit der Parteien wahr? Fühlen Sie sich als Initiative gehört oder ignorieren die Parteien Sie bis jetzt?

A: Weder noch. Natürlich sagt jede Partei „Wir wollen Kinder schützen“ - da wird niemand dagegen argumentieren, und das ist uns auch bewusst. Wir sehen bis jetzt aber keine Aktionen, nichts Konkretes. Die Worten sollen jetzt mal Taten folgen!

Halten Sie die Lobby der Plattformen für gefährlich? Sehen Sie das Risiko einer Verhinderung von ernstzunehmenden Kinderschutz?

A: Natürlich würden wir hoffen, dass auch mit der Lobby seriöser Kinderschutz möglich ist, ...

Ausgabe 24, 15.06.2022, 3€



Klares JA der Opposition!

In einem Statement, das die PDF unserer Redaktion gegenüber getätigt hat, betont die Partei ihren Zuspruch gegenüber der Einführung eines Sonderausschusses. „Am Fall Doe vs Facebook hat sich gezeigt, welche Konsequenzen es für ein Kind oder einen jungen Menschen haben kann, wenn seine Privatsphäre nicht gewahrt wird“, so die Abgeordnete Fee Klemke.

Post vom Baum

Wer schützt unsere Kinder?



GUDE-Kolumnist Jens Baum

Unsere lieben Kleinen. Wir behüten sie, wir schützen sie. So sollten es gute Eltern tun.

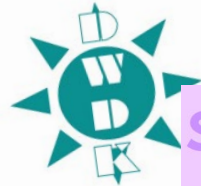
Und doch, immer mehr Eltern schlachten das private Leben ihrer Jüngsten schamlos aus.

Wie soll das alles nur Enden? Wer braucht da noch

Wissenschaftliche & politische Beiträge



Gesetzes-Entwurf zum 01. Juni 2022
PROPAGANDA-STOPP-GESETZ



Kurzfristig

Sanktionen und Restriktionen aller offiziell russischen Aus- und Inlandsmedien in der die zum jetzigen Zeitpunkt noch öffentlich verfügbar bzw. empfänglich sind und nachweislich unter der staatlichen Kontrolle der russischen Regierung stehen und als

STUFENPLAN

GESETZ ZUR ETABLIERUNG EUROPÄISCHER PLATTFORMEN: EUROPÄISCHER TELE- UND RUNDFUNKVERTRAG

- EuroArchiv / EuroMediathek/ EuTV - Eine Website auf den Lokalzeitungen/Sendungen/ Nachrichtensendungen vertreten sind (Kultur, Sport, Gesellschaft, Politik - in eigener Landessprache)
- Barrierefrei im Bezug auf Sprache, Behinderungen (Unterstützung bei der Durchführung durch Experten für Sprache, Inklusion und Kultur)

GESETZ ZUR ENTWICKLUNG EINES EUROPÄISCHEN BILDUNGSSYSTEMS (SCHULUNTERRICHT, EUROPÄISCHE UNIVERSITÄTEN, EINHEITLICHER LERNPLAN)

- Einführung von Schulunterricht zur europäischen Öffentlichkeit, Kommunikation und Nachrichtenberichterstattung
- Sicherung von Qualitätsjournalismus
- Demokratiestärkung der Mitgliedsstaaten
- Angebotserweiterung und Angebotsvielfalt ausbauen

DIE ZUKUNFT BRAUCHT UNS

@dzbu
www.dzbu.de



zu.v.v.r.a.n.s.p.e.r.i.o.n.e
Ausschuss für Kultur und Medien

20. NOVEMBER 2022



Stellungnahme

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung einer europäischen Medienplattform Durch die Einführung eines Europäischen Tele- und Rundfunkvertrags

Institute for European Media GmbH



Institut für Kommunikation Mainz

@IKMainz

Eine europäische Medienplattform bietet neben neuen Möglichkeiten auch Herausforderungen. Die Frage nach Rechten, Pflichten und Zuständigkeiten muss im Gesetz geregelt werden. Hierfür bedarf es klaren Definitionen

Stellungnahme Institute for European Media zu Europäischen Rundfunkmedien



Grundsätzliche Anmerkungen

Das Institute for European Media begrüßt die Thematisierung einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang plant die Bundesregierung außerdem eine gemeinsame europäische Medienplattform einzuführen. Als führendes

Was haben andere davon?

- Überträgt eine **realistische Handlungssituation**, die sich für eine Simulation im Planspiel eignet
- Ermöglicht es, **in einem erprobten Ablauf risikofrei Erfahrungen** zu sammeln, die sonst nicht gemacht werden könnten
- Ermöglicht es, Problemstellungen im Sinne von „**Fällen**“ zu identifizieren – aus verschiedenen Rollen heraus
- **Sensibilisiert** generell für die **Logiken und Interaktionen** von Wissenschaft, Politik, Nachrichtenmedien und Interessensvertretungen
 - **Problem-, Handlungs- und taktisches Wissen**
 - Selbstständige Erarbeitung, kritische **Reflexion** und **Anwendung** von Wissen
- Ermöglicht blended learning
- Stellt Planspiel-Anleitungen und Steckbriefe zu den Rollen und Spielprozessen bereit

Literatur

Goldmann, A., Schwanholz, J., Delhees, S., & von Schuckmann, A. (2020). Planspiele in der Politikwissenschaft – zu den Versprechen und Fallstricken einer interaktiven Lehr- und Lernmethode. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(3), 521–538. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00238-z>

Krammer, G., Pflanzl, B., & Matischek-Jauk, M. (2020). Aspekte der Online-Lehre und deren Zusammenhang mit positivem Erleben und Motivation bei Lehramtsstudierenden: Mixed-Method Befunde zu Beginn von COVID-19. *Zeitschrift für Bildungsforschung*, 10(3), 337–375. <https://doi.org/10.1007/s35834-020-00283-2>

Meßner, M. T., Schedelik, M., & Engartner, T. (2018). Zur Relevanz von Planspielen in der sozialwissenschaftlichen Hochschullehre. In M. T. Meßner, M. Schedelik, & T. Engartner (Hrsg.), *Planspiele in der sozialwissenschaftlichen Hochschullehre* (S. 11-28). Wochenschau Verlag.

Meyer, H. (1987). *Unterrichtsmethoden II: Praxisband*.

Schulmeister, R. (2015). *Abwesenheit von Lehrveranstaltungen. Ein nur scheinbar triviales Problem*. https://www.campus-innovation.de/fileadmin/dokumente/Schulmeister_Anwesenheit__Abwesenheit__2_.pdf